PB.I-01-632

Kapitel 6: International zusammenarbeiten

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
11. - 13. Juni 2021

Antragsteller*in: Martin Pilgram (KV Starnberg)

Änderungsantrag zu PB.I-01

Von Zeile 631 bis 632 einfügen:
einnehmen. Um eine Militarisierung des Weltraumes zu verhindern, wollen wir weiterentwickelte, international verbindliche Regeln auf den Weg bringen.

Keine Bewaffnung von Drohnen

Bewaffnete Drohnen werden überwiegend völkerrechtswidrig eingesetzt und können die Hemmschwelle zum Einsatz militärischer Gewalt senken. Es gibt keinen adäquaten Rechtsschutz für mögliche Opfer dieser Gewalt. Durch den vermehrten Einsatz von bewaffneten Drohnen wird der Übergang zu mehr Autonomie in Waffensystemen begünstigt. Aus diesen Gründen lehnen wir die Bewaffnung von Bundeswehrdrohnen ab und wollen uns international für eine Ächtung von ferngesteuerten Waffensystemen einsetzen.

Begründung

Die Bundesregierung konnte in der DrohnenDebatte2020 die Bewaffnung von Drohnen nicht hinreichend begründen, so konnte sie keine konkreten Zahlen nennen, wie oft Drohnen von befreundeten Streitkräften angefordert werden mussten. Auch sind die vorgelegten allgemeinen Einsatzgrundsätze nicht restriktiv genug und erlauben einen deutlich weitreichenderen Einsatz als in den vom BMVg vorgestellten Schutzszenarien. Gegen die Bewaffnung von Drohnen spricht, dass ihre Verfügbarkeit die Bereitschaft, militärische Gewalt auszuüben, zu steigern droht, weil sie aus der Ferne gesteuert werden und so keine eigenen Verluste entstehen. Zudem können unbemenschte Systeme ein erster gefährlicher Schritt in Richtung mehr Autonomie in Waffensystemen sein.

Die Grünen lehnten in der bisherigen Debatte immer die Bewaffnung von Drohnen ab.

weitere Antragsteller*innen

Eberhard Müller (KV Ortenau); Walther Moser (Freiburg KV); Sylvia Dorn (KV Ortenau); Holger Eschmann (KV Reutlingen); Karl-Wilhelm Koch (KV Vulkaneifel); Andreas Müller (KV Essen); Hans Aust (KV Aachen); Jens (Jan) Erdmann (KV München); Kerstin Dehne (KV München); Reinhard Bayer (KV Gießen); Hans Schmidt (KV Bad Tölz-Wolfratshausen); Clara-Sophie Schrader (KV Berlin-Pankow); Thomas Mohr (KV München); Klemens Griesehop (KV Berlin-Pankow); Maria Regina Feckl (KV Erding); Elmar Rachle (KV Schweinfurt); Barbara Romanowski (Oberberg KV); Heinz Zemke (KV Braunschweig); Jennifer Christina Menninger (KV Berlin-Pankow); Berti Furtner-Loleit (KV München); Thorben Thieme (KV Neuwied); Reinhard Schwenk (KV Deggendorf); Gregor Kaiser (KV Olpe); Joachim Reiss (KV Hamburg-Nord); Konrad Gerards (KV Oberberg); Peter Kallusek (KV Südliche Weinstraße); Diana Franke (KV Starnberg); Angelika Wilmen (KV Berlin-Pankow)